

Der Kandidat mit den besseren Eigenschaften?

Im neuen BaWü-Check scheint CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel gegenüber dem Grünen Cem Özdemir im Vorteil – Allerdings kennt ihn lediglich jeder Fünfte im Land

Von Sören S. Sgries

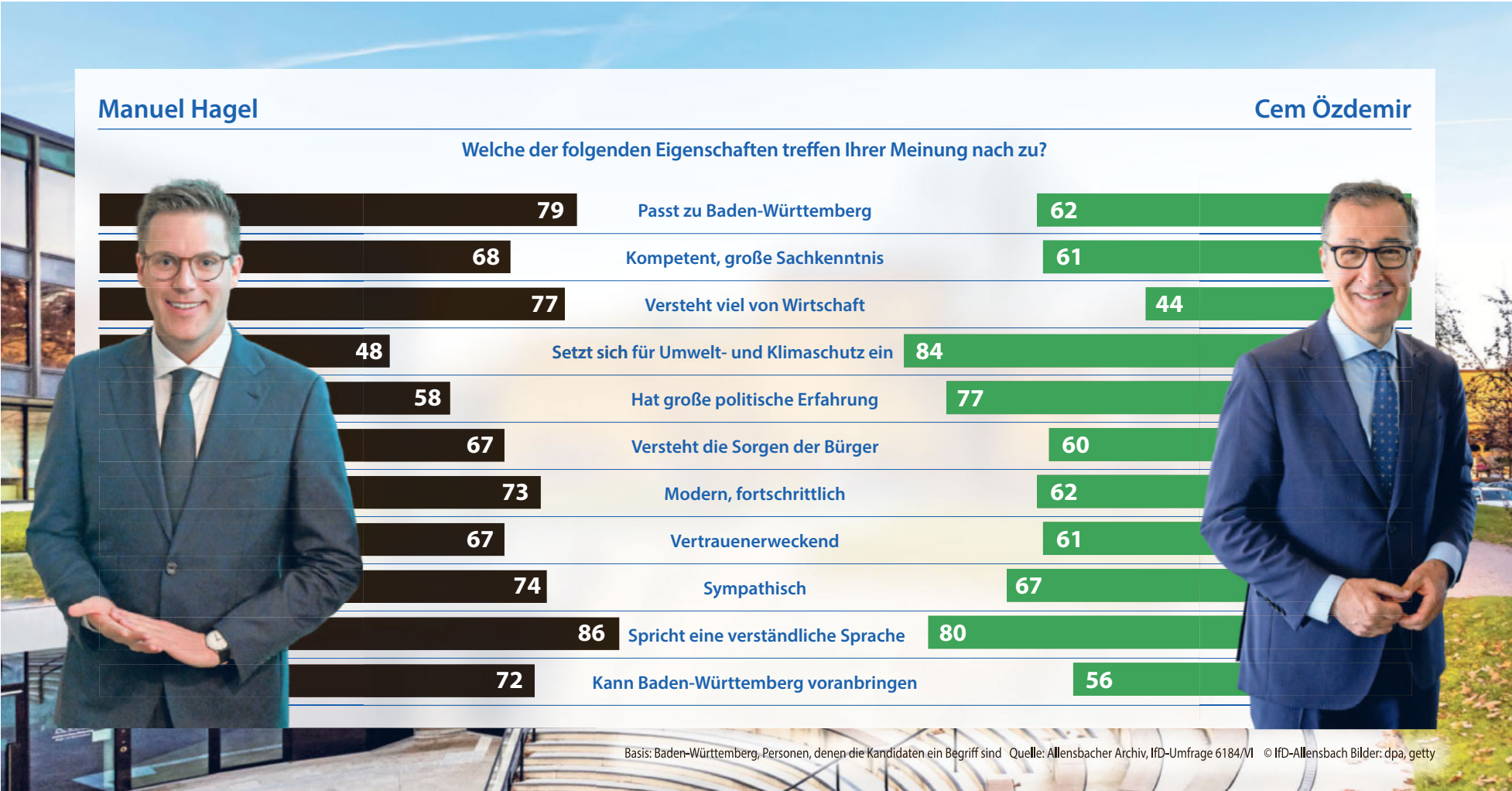
Heidelberg. Mehr als ein halbes Jahr dauert es noch, bis am 8. März 2026 das Wahlvolk in Baden-Württemberg darüber entscheiden darf, wer künftig die Landesregierung führt. Doch die Parteien sind längst im Wahlkampfmodus, die Spitzenkandidaten nutzen dem Sommer, um sich bekannt zu machen. Grund genug, auch im aktuellen BaWü-Check, der Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage, nach der Ausgangslage vor der Landtagswahl im Frühjahr 2026 zu fragen. Durchgeführt wurde die repräsentative Umfrage unter 1031 Menschen durch das „Institut für Demoskopie Allensbach“.

> Große Fußstapfen: „Das politische Erbe von Winfried Kretschmann wird bei uns in guten Händen sein“, hatte CDU-Landeschef Manuel Hagel verkündet, als er seine Kandidatur als Spitzenkandidat öffentlich machte. Und auch Cem Özdemir zeigt sich nah am ersten und einzigen grünen Ministerpräsidenten der Bundesrepublik, der seit 2011 die Landesregierungen im Südwesten anführt. Beide Kandidaten suchen aus gutem Grund die Nähe des 77-Jährigen: Kretschmann ist beliebt, wie auch der BaWü-Check belegt. 51 Prozent der Befragten halten den Landesvater für einen guten Ministerpräsidenten. Nur 20 Prozent sehen das nicht so. Der Rest ist unentschieden. Und die Zustimmung gilt über (fast) alle Parteigrenzen hinweg. Selbst unter den Anhänger der Linken und der FDP schätzt mehr als jeder Zweite den Regierungschef, nämlich 54 bzw. 55 Prozent. Unter den CDU-Anhängern halten 62 Prozent den Grünen für einen guten Ministerpräsidenten, bei der SPD sind es 71, bei den Grünen 82 Prozent. Unter die 50-Prozent-Marke rutscht die Zustimmung lediglich bei BSW (40 Prozent) und AfD-Anhängern (27 Prozent).

> Kabinett schneidet schlechter ab: Dass es vor allem die persönliche Beliebtheit Kretschmann sein muss, die ihm die hohe Zustimmung beschert, darauf deutet die Frage nach Schulnoten für das gesamte Landeskabinett hin. Hier gibt es im Durchschnitt aller Befragten nur eine 3,1. Potenzielle Grünen-Wähler geben auch hier die beste Bewertung ab – eine 2,6 –, gefolgt von den SPD-Anhängern (2,9). Die potenzielle CDU-Wählerschaft gibt der grün-schwarzen Landesregierung lediglich die Note 3,0, bleibt damit aber immerhin knapp über dem Durchschnitt.

> Özdemir mit Abstand der bekannteste Kopf: Cem Özdemir, der bis zum Regierungswechsel in der Ampelregierung als Bundeslandwirtschaftsminister agierte, fiel zwar bis zu seiner Spitzenkandidatur nicht als Landespolitiker auf – dennoch ist der 59-Jährige derzeit der bekannteste Spitzenkandidat für die Landtagswahl. 79 Prozent der Befragten sagt der Name Özdemir etwas. Diese Prominenz zeigt sich immer wieder in Umfragen. Die „Spiegel-Politikertreppe“ beispielsweise notierte den Grünen jüngst als beliebtesten Politiker aus dem Südwesten, noch vor Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU). 54 Prozent der Befragten sagten hier, Özdemir solle künftig eine wichtige politische Rolle spielen. Bundesweit stehen in diesem Ranking aktuell nur Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) vor ihm.

Diese Prominenz zeigt sich immer wieder in Umfragen. Die „Spiegel-Politikertreppe“ beispielsweise notierte den Grünen jüngst als beliebtesten Politiker aus dem Südwesten, noch vor Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU). 54 Prozent der Befragten sagten hier, Özdemir solle künftig eine wichtige politische Rolle spielen. Bundesweit stehen in diesem Ranking aktuell nur Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) vor ihm.



Im BaWü-Check folgen auf Özdemir mit weitem Abstand der SPD-Spitzenkandidat und frühere Kultusminister Andreas Stoch (2012-2016), den 24 Prozent der Befragten kennen. CDU-Mann Hagel hingegen kennen nur 20 Prozent – ebenso wenig wie FDP-Chef Hans-Ulrich Rülke. Der Name des AfD-Kandidaten Markus Frohnmaier ist nur 14 Prozent der Menschen bekannt.

> CDU beim Wählerpotenzial in Führung: Warum sich trotz der Bekanntheitswerte die Ministerpräsidenten-Frage vor allem um Özdemir und Hagel dreht? Weil ihre Parteien die höchsten Zustimmungswerte haben. In „Sonntagsfragen“ wurde die CDU zuletzt rund 10 Prozentpunkte vor den Grünen notiert. Der BaWü-Check fragt jetzt nach dem „Potenzial“ – also welche Parteien die Wähler

sich grundsätzlich vorstellen könnten zu wählen. Hier liegt die CDU mit 33 Prozent nur vergleichsweise knappe sechs Prozentpunkte vor den Grünen (27). Fast ein Viertel (23 Prozent) würde auch die Stimme der rechtsextremistischen AfD geben. Die SPD kommt auf 17 Prozent, die Linke auf 11 Prozent und die FDP auf 9 Prozent Wählerpotenzial. Für das neue BSW würde es nicht einmal reichen, wenn all diejenigen, die sich theoretisch vorstellen könnten, hier ihr Kreuz zu machen, dies auch tun würden: Das Potenzial liegt aktuell nur bei vier Prozent.

> Hagel oder Özdemir vorn? Fragt man danach, wen die Wähler als Ministerpräsidenten bevorzugen würden, ergibt sich ein gemischtes Bild. Insgesamt sagen 32 Prozent der Bevölkerung, sie würde Özdemir unterstützen, 26 Prozent sprechen

sich für Hagel aus. Jeweils ist die Zustimmung bei den Anhängern der eigenen Partei am größten: 81 Prozent der potenziellen Grünen-Wähler sind für Özdemir, 57 Prozent der CDU-Anhängerschaft für Hagel. Erfreulich für die Grünen: Immerhin 21 Prozent der CDU-Anhänger geben ihrem Kandidaten Özdemir den Vorzug, wohingegen aus der möglichen Grünen-Wählerschaft nur 7 Prozent den CDU-Kandidaten bevorzugen.

Befragt man allerdings nur diejenigen, denen wirklich auch beide Spitzenkandidaten bekannt sind, verschiebt sich das Bild leicht. Dann kommt Hagel auf 44 Prozent Zustimmung, Özdemir aber nur auf 36. Ob daraus der CDU-Mann die Hoffnung ziehen kann, dass mit wachsender Bekanntheit der „Promi-Bonus“ des Grünen schrumpfen wird? Eher nicht. Wahrscheinlicher ist, dass hier die fehlende Bekanntheit Hagels deutlich die Ergebnisse verzerrt. Er dürfte insbesondere der CDU-Anhängerschaft als Fraktions- und Parteichef ein Begriff sein. Werden nur diejenigen Personen befragt, die beide Kandidaten kennen, dürfte damit die Zahl der CDU-nahen Befragten deutlich überrepräsentiert sein.

> Inhaltlich gegensätzliche Erwartungen: Auch wenn Persönlichkeiten zunehmend über Wahlergebnisse entscheiden, dürften ebenso die Wahlkampfthemen eine Rolle spielen. Befragt nach der „landespolitischen Agenda“ (siehe untere Grafik) stehen die Bereiche Innere Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Wirtschaft und Zuwanderung auf den ersten Plätzen. Die Sicherheit ist dabei auch das Thema, dem die Hagel-Anhänger die höchste Priorität einräumen, gefolgt von Zuwanderung und Wirtschaft. Die Punkte Bildung und Umweltschutz hingegen, die für potenzielle Özdemir-Wähler die höchste Priorität haben, landen insgesamt auf eher nachrangigen Plätzen.

> Hagel, der Kandidat mit den besseren Eigenschaften? Befragt wurden diejenigen, die den Spitzenkandidaten jeweils kennen, auch dazu, welche Eigenschaften sie Hagel und Özdemir zuordnen würden (siehe Grafik oben). Hierbei scheint dem

CDU-Mann nahezu durchweg mehr zgetraut zu werden. Nur in zwei Kategorien hat Özdemir die Nase vorn: 84 Prozent sagen, der Grüne setze sich für Umwelt- und Klimaschutz ein – was dem CDU-Kandidaten lediglich 48 Prozent zutrauen. Und auch die große politische Erfahrung sprechen Özdemir 77 Prozent zu, dem deutlich jüngeren Hagel aber nur 58 Prozent. Besonders gefallen dürfte es der CDU, dass ihr Kandidat bei der Wirtschaftskompetenz deutlich die Nase vorn hat (77 gegenüber 44 Prozent). Top-Werte für beide gibt es bei der Verständlichkeit ihrer Sprache (86 bzw. 80 Prozent).

> Alter kein Makel: Zum Zeitpunkt der Landtagswahl wird Manuel Hagel 37 Jahre alt sein – vergleichsweise jung für einen Spitzenpolitiker und potenziellen Regierungschef. Und auch wenn die Befragten durchaus Unterschiede in der politischen Erfahrung zwischen ihm und Özdemir sehen (s.o.): Auf die explizite Frage nach „mangelnder Lebenserfahrung“ bei ihm sehen das nur zehn Prozent so. Hingegen begrüßen es 42 Prozent, dass die CDU mit einem relativ jungen Spitzenkandidaten antritt. 36 Prozent sagen, das Alter der Kandidaten spiele für sie keine Rolle.

> Bündnis aus CDU und Grünen mit höchster Zustimmung: Wirklich beliebt ist keine der Koalitionsoptionen. Auf den besten Wert kommt eine Zusammenarbeit von Grünen und CDU. 23 Prozent der Gesamtbevölkerung stimmen hier zu. Auch bei den potenziellen Wählern der Parteien wäre das die favorisierte Option: 55 Prozent der Grünen- und 41 Prozent der CDU-Anhänger wären für eine weitere Zusammenarbeit.

Eine „Deutschlandkoalition“ mit CDU, SPD und FDP kommt auf 15 Prozent Zustimmung (28 Prozent der CDU-Anhänger sind dafür), für Grün-Rot-Rot mit SPD und Linken sprechen sich 13 Prozent aus (32 Prozent bei den Grünen). Erstaunlich hohe Zustimmung bekommt auch ein Bündnis aus AfD und CDU (deren Spitzenkandidat das politisch ausschließt): 21 Prozent sind dafür – und immerhin 16 Prozent der potenziellen CDU-Wähler.

Haftstrafe für Ballweg gefordert

Staatsanwaltschaft hält an Betrugsvorwürfen fest

Stuttgart. (dpa) Im Betrugsprozess gegen „Querdenken“-Initiator Michael Ballweg fordert die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von drei Jahren. Der Angeklagte werde als Opfer inszeniert, sehe sich selbst als Märtyrer an im Kampf gegen einen Unrechtsstaat, sagte die Staatsanwältin in Stuttgart. „In Wahrheit steht ein gewöhnlicher Angeklagter vor Gericht.“ Neben der Freiheitsstrafe fordert die Anklagebehörde die Einziehung von mehr als einer halben Million Euro – dabei soll es sich um Gelder handeln, die Ballweg für seine Bewegung eingeworben, aber für eigene Zwecke verwendet haben soll.

Ballwegs Verteidiger hingegen plädierten auf Freispruch und Haftentschädigung. „Grimms Märchen sind gegenüber dem, was sie vorgetragen haben, eine Enzyklopädie des Fachwissens“, sagte

Rechtsanwalt Reinhard Löffler zur Staatsanwaltschaft.

Ballweg steht seit Monaten wegen versuchten Betrugs und mehreren Steuerdelikten vor Gericht. Das Landgericht hatte bereits im Frühjahr eine Einstellung des Verfahrens vorgeschlagen – wegen geringfügigkeit. Die Staatsanwaltschaft lehnte ab. Der Unternehmer soll mehr als eine Million Euro von Tausenden Menschen für die Organisation eingeworben, die Spender aber über die Verwendung von Geldern getäuscht haben. Die Ankläger werfen ihm vor, mehr als eine halbe Million für private Zwecke verwendet zu haben. Ballweg ist nicht wegen Betrugs, sondern nur wegen versuchten Betrugs angeklagt, weil einigen Spendern wohl gleichgültig war, was mit dem Geld passiert, so die Argumentation der Staatsanwaltschaft.

Gericht schlug Einstellung vor

485 Stellen für Sonderpädagogen

Unbesetzte Lehrerstellen werden neu verteilt

Stuttgart. (lsw) 1440 Lehrerstellen waren in Baden-Württemberg wohl wegen eines Software-Fehlers über Jahre nicht besetzt – nun hat Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) bekanntgegeben, wie die Stellen für das kommende Schuljahr auf die einzelnen Schularten verteilt werden sollen.

Demnach wird der größte Batzen der Stellen an die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) gehen. An diesen Schulen bestünde der größte Mangel, sagte Schopper. Sie sollen 485 Stellen bekommen. An den Grundschulen gebe es mit Blick auf die Beschulung Geflüchteter oder die Ganztagesbetreuung ebenfalls viele Herausforderungen. Sie sollen deswegen 350 Stellen zugutekommen. Die Gemeinschaftsschulen und die Realschulen sollen je 50 Stellen bekommen, ebenso die Gymnasien.

Weil mit dem Umstieg auf das neunjährige Gymnasium an der Schulart in ei-

nigen Jahren zusätzliche Lehrkräfte gebraucht werden, will Schopper eine Vorsorge aus 300 Stellen bilden. Diese sollen an Gymnasiallehrer gehen, die aber zunächst an anderen Schularten eingesetzt werden sollen: 100 an beruflichen Schulen, 50 an den Gemeinschaftsschulen und 150 an den Real- und Werkrealschulen. Die restlichen 155 Stellen will Schopper für den Ausbau der Krankheitsreserve nutzen. Die Ministerin warnte in einer Sondersitzung des Bildungsausschusses im Landtag vor zu großen Erwartungen an die nun zu besetzenden 1440 Stellen. Die Zahl klänge so, als sei man kurz vor paradiesischen Zuständen, sagte Schopper. Es gebe aber im Land rund 4500 Schulen, was eine zusätzliche Stelle an jeder dritten Schule bedeute.

Die Regierung hatte zuvor einräumen müssen, dass wegen einer schweren IT-Panne 1440 Lehrerstellen im Südwesten versehentlich nicht besetzt worden seien.



Warnt vor zu großen Erwartungen an die neuen Stellen: Ministerin Theresa Schopper. F.: dpa